

Vorsitzender *Werner Jarowsky*: Das Wort zur Begrüßung hat nun das Mitglied des Politbüros des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Schwedens, Genosse Karsten Thunborg. (Die Delegierten begrüßen ihn stehend mit Beifall.)

*Karsten Thunborg, Mitglied des Politbüros des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Schwedens*: Liebe Genossen! Zu den vielen positiven Faktoren, die man auf diesem Parteitag notieren konnte, gehört die einhellige Forderung nach einer maximalen Unterstützung für das kämpfende vietnamesische Volk.

Die Vietnamfrage ist zur Wasserscheide in der Weltpolitik geworden. Die Aktivität in der Solidaritätsbewegung für Vietnam setzt heute den Maßstab für die Kraft der demokratischen Bewegung in den einzelnen Ländern.

Was Schweden betrifft, so kann man konstatieren, daß wir bisher in unserem Lande noch nie eine so breite Solidaritätsbewegung aufzuweisen hatten. Frühere weltumfassende Aktionen, zum Beispiel zur Unterstützung der spanischen Demokratie gegen den Franco-Faschismus, erfaßten trotz ihres Umfangs im großen und ganzen nur die Arbeiterklasse.

Heute fordern alle demokratisch gesinnten Menschen in unserem Land » den Rückzug der USA-Truppen in Vietnam und die Respektierung der Genfer Abkommen. Auch die Deutschlandfrage erscheint im Rahmen der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Lage in politisch bedeutend klarerer Sicht.

Die schwedische Arbeiterbewegung ist sich darin einig, daß diese Frage nicht nach Kiesingers Rezept gelöst werden kann. Davon zeugen unter anderem einige im Leitartikel der Zeitung der schwedischen Gewerkschaftsvereinigung „Aftonbladet“ vom 14. April dieses Jahres getroffene Feststellungen. Es heißt in dem Artikel unter anderem: „In der aktuellen Situation ist in einer bestimmten Form unbedingt eine Deklaration darüber notwendig, daß Westdeutschland die Existenz des ostdeutschen Staates respektiert. Die Forderung der westdeutschen Regierung, allein für das ganze deutsche Volk zu sprechen, also auch für den Teil, der auf der anderen Seite der Elbe wohnt, war und ist unrealistisch.“

Unsere Partei war und ist der Auffassung, daß sich Schweden nicht als Zuschauer betrachten und auf eine Lösung der Deutschlandfrage warten darf. Wir meinen, daß Schweden durch die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit der DDR einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser